

Brückenschlagen, statt einander misstrauen

Gastkommentar. Das jüngste Papier der EU-Kommission zur Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion setzt deutlich auf eine tiefere Integration. Das wird zwar auf Widerstand stoßen, die Autoren sind dennoch optimistisch.

VON MARGIT SCHRATZENSTALLER
UND ATANAS PEKANOV

Im jüngsten Reflexionspapier zur Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) setzt die Europäische Kommission deutlich auf eine tiefere Integration, um die Widerstandsfähigkeit der Eurozone und damit auch der EU zu erhöhen. Die präsentierten Vorschläge gehen weiter als erwartet: auch wegen der Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten, die den Spielraum für weitere Integrationschritte erweitert hat. Denn Macron wird als starker Vertreter einer stärkeren Kooperation auf EU-Ebene und somit als Gegengewicht zur eher zurückhaltenden deutschen Haltung gesehen.

Das Papier beginnt mit einer klaren Diagnose. Im letzten Jahrzehnt sei die erwartete Konvergenz der EU-Länder nicht im erhofften Ausmaß eingetreten. Niedrige Investitionsquoten und geringe Produktivitätssteigerungsraten der Rezessionsjahre gefährdeten mit einer weiteren Polarisierung die EU. Auch müssten die Probleme im Finanz- und Bankensektor bewältigt und der Nexus zu den öffentlichen Finanzen beseitigt werden.

Steuerungsmechanismus fehlt

Der Bericht bietet daher sowohl kurzfristige Empfehlungen zur Verbesserung der bestehenden Elemente der WWU als auch grundlegende Überlegungen zur Eurozonen-Architektur. Einige der kurzfristigen Empfehlungen, wie ein europäisches Einlagenversicherungssystem sowie der Ausbau der Banken- und Kapitalmarktunion, werden von vielen Seiten als notwendig angesehen und sollten daher bald umsetzbar sein.

Die schwierigste Debatte ist allerdings mit der wichtigsten Frage einer makroökonomischen Stabilisierungsfunktion für die Eurozone verbunden. Eine solche Funktion hatte schon der Bericht der fünf Präsidenten von 2015 erwogen. Allerdings gehen die Ansichten, wie weit sie gehen sollte, auseinander.

Jedenfalls ist aber das Fehlen eines Mechanismus zur Steuerung der Gesamtnachfrage, wenn die Geldpolitik an ihre Grenzen stößt, makroökonomisch suboptimal. Wie renommierte Währungsunion-Experten unterstreicht das Reflexionspapier daher den Bedarf

nach einer gemeinsamen Eurozonen-Fiskalpolitik.

Deren Gegner betonen, dass sie der Disziplin schade, die für Strukturreformen und die Befolgung gemeinsamer Regeln erforderlich ist. Allerdings betrachten immer mehr Ökonomen das geltende Regelwerk – besonders jenes durch den Fiskalpakt festgeschriebene – als suboptimal in einer Rezession. Denn es verlange genau mitten im Abschwung rezessionsverschärfende Konsolidierungsmaßnahmen. Das Papier stellt daher eine Regelung zum Schutz der öffentlichen Investitionen während eines Abschwungs und eine europäische Arbeitslosenversicherung als Eurozonen-weite Stabilisatoren zur Diskussion.

Gemeinsame Anleihen

Weiters wird die Einführung einer mit US-Staatsanleihen vergleichbaren sicheren Anleihe für das gesamte Euro-Währungsgebiet oft als vorteilhaft gesehen. Sie bewirke eine Diversifizierung der Vermögenswerte von Banken (und somit eine Verringerung der Präferenz für heimische Staatsanleihen) und reduziere die Marktvolatilität verschuldeter Länder. Um Eigenver-

antwortung nicht durch Risikoteilung zu gefährden, werden gemeinsame Anleihen – wie die momentan diskutierten European Safety Bonds – ohne gesamtschuldnerische Haftung vorgeschlagen. Für eine Einigung fehlt jedoch noch der politische Kompromiss.

Diese bedenkenswerten Vorschläge werden aber – auch laut EU-Kommission selbst – nicht ausreichen, um nach einem künftigen Schock das Wachstum wieder in Gang zu bringen. Hierfür wäre eine gemeinsame Fiskalpolitikinstitution erforderlich. So hätte in den

letzten Jahren eine aktive expansive Fiskalpolitik in den Kernländern Europas, die über Budgetspielräume verfügen, einen positiven Effekt auch für die Peripherieländer gehabt. Die Anreize dazu sind für nationale politische Entscheidungsträger aber gering, wenn sich – wie in Deutschland – die Wirtschaft ohnehin gut entwickelt.

Der vorsichtige Vorschlag eines „Eurozonen-Finanzministeriums“ zur Vertretung des allgemeinen Eurozonen-Interesses erscheint daher durchaus diskussionswürdig. Ein Eurozonen-Fi-

nanzminister müsste aber – im Vergleich zur Eurogruppe – deutlich mehr demokratische Rechenschaftspflicht haben. Denn im Unterschied zur Geldpolitik sind Fiskalfragen oft politische Entscheidungen und sollten deshalb demokratisch bestimmt werden.

Fraglich bleibt aber, wie viel ein Eurozonen-Finanzministerium zur Krisenbewältigung beitragen könnte, wenn es nicht über ein höheres Budget (im Vergleich etwa zum jetzigen EU-Budget von einem Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung) verfügt.

Koordinierte Steuerpolitik

Ein Mangel des Papiers ist die nur kurze Erwähnung der sich herausbildenden europäischen Säule sozialer Rechte. Diese und die damit verbundenen Mindeststandards wären ein wichtiger Fortschritt, um Europa wieder populär zu machen. Zudem könnten Mindeststandards die bisher begrenzte Konvergenz vorantreiben, sie sollten aber in ein gemeinsames Konzept für die Zukunft der Wirtschaftsunion eingebettet werden.

Ansonsten stieße der beabsichtigte Versuch einer stärkeren Koordination der Steuerpolitik auf Widerstände. Denn die mittel- und osteuropäischen Länder werden ohne Gegenleistung nicht auf den Unterbietungswettbewerb in der Unternehmensbesteuerung verzichten, den sie als eines der wenigen Instrumente zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit betrachten. Auch die seit längerem für Diskussionen sorgenden Handelsbilanzungleichgewichte werden ausgeblendet: Dabei sehen viele Ökonomen die großen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands als ein Problem für den Rest der EU, das eines der wichtigsten Konvergenzhindernisse darstellt.

Trotz aller noch zu erwartenden Schwierigkeiten auf dem Weg zur Vollendung der WWU gibt der Bericht aber einen hoffnungsfrohen Ausblick, wenn er feststellt: „Es ist an der Zeit, Pragmatismus über Dogmatismus zu stellen und Brücken zu schlagen, statt einander zu misstrauen.“

Eine detaillierte Fassung dieses Kommentars ist als Policy Brief der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGE) erschienen. Link: www.oegfe.at/policybriefs

E-Mails an: debatte@diepresse.com



POLITIKER KÖNNEN BEI ERSATZ DER FENSTER
DURCH BLECH AUCH ALS FISKALPOLITIKER
ANGEMELDET WERDEN

DIE AUTOREN



Margit Schratzenstaller
(*1968 in Landshut) ist
Referentin für Öffentliche
Finanzen am Öster-

reichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo). Sie ist Expertin im Fiskalrat, Mitglied im Kuratorium des Europäischen Forum Alpbach sowie Lehrbeauftragte an der Universität Wien. Derzeit ist sie Partnerin im Horizon 2020-EU-Projekt Fairtax, das die Grundlagen eines nachhaltigeren Abgabensystem in der EU erarbeitet. [WIFO]



Atanas Pekanov
(*1991) ist seit Jänner
2017 Referent für
Finanzmärkte und Geld-

politik am Wifo. Zuvor war er bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt beschäftigt und Konsulent am Institute for New Economic Thinking in New York. Sein Studium hat er auf der Wirtschaftsuni Wien und am University College London absolviert. Seine Hauptforschungsinteressen: Geld- und Fiskalpolitik sowie Wirtschaftsintegration. [WIFO]

PIZZICATO

Angie im Hotelzimmer

Neidisch könnte man werden. Im Vergleich zu den bierernsten Wahlkampfauftritten unserer heimischen Akteure bietet „Angie“ Merkel immer wieder erfrischende und humorvolle Einblicke in ihren privaten Alltag. Dass sich die mächtigste Frau Europas schon seit Jahren bei Gesprächen mit der Frauenzeitschrift „Brigitte“ wohlfühlt, ist bekannt. Schon 2013 amüsierte sie mit der Antwort auf die Frage, ob sie ihren Ehemann Joachim Sauer um Rat frage: „Manchmal sagt er auch von selbst etwas. Die Tatsache, dass er etwas sagt, zeigt, dass es ein Problem gibt.“ Tableau!

Die hat es offensichtlich darauf angelegt, ihren übermächtigen Protektor Helmut Kohl nicht nur physisch zu überleben, sondern auch seine Regierungssäure zu übertrumpfen. Und mit Einbekenntnissen wie jene vor wenigen Tagen kann sie den Herausforderer Martin Schulz leicht in die Tasche stecken: „In Brüssel, da habe ich immer das gleiche Hotelzimmer, da kenne ich mich aus. Den Lichtschalter zu finden, ist sonst gar nicht so einfach, die Gardinen, die Wasserhähne bedienen. Und je älter man wird, umso sorgenvoller bin ich, ob ich die ganzen modernen Entwicklungen noch hinkriege.“ Damit wird ihr wohlwollendes Kopfnicken sicher

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Hat Pilz seine Bedeutung einfach überschätzt?

„Ein Silberrücken weniger“, *Leserbrief von Erich Wallner, 27. 6.* Herrn Wallners Ausführungen kann zwar prinzipiell zugestimmt werden, allerdings sollten zwei Aspekte nicht unter den Tisch fallen: Es sei dahingestellt, ob das Wahlergebnis klug und gut für die („Aufdecker“-)Partei war oder nicht, aber entweder bekennt man sich zur Demokratie oder nicht. Im ersteren Fall darf man sich aber nicht die Rosinen aus dem Kuchen klaben und muss auch – so

Herrn Pilz, der in bester Suppenkaspermanier („... diese Suppe ess ich nicht“) auf dem 4. Listenplatz beharrte („nein, den 5. oder 6. Platz nehm' ich nicht...!“) und somit sein Ego über das Wohl der grünen Partei stellte, die nunmehr auf ihn verzichten muss. Oder hat er sich und seine Bedeutung für eine Partei, die einen Aufbruch versucht, einfach überschätzt?
HR Dr. Peter Kotynski, 3040 Neulengbach

Wenn Religionsfreiheit, dann bitte für alle!

„Türkei konfisziert uralte Kirchen der Aramäer...“ von *Susanne Güsten, 28. 6.* Die in Österreich vertretenen türkischen Kultur- und islamischen Moscheevereine treten gern als Verfechter der Religionsfreiheit auf; leider aber nur, wenn es um die eigene geht.

mäischen Kirchen. Was man selbst für sich fordert, sollte eigentlich auch anderen zugestanden werden. Wenn schon Religionsfreiheit, dann bitte für alle!
Dr. Hubert Aspöck, 4910 Ried

Mr. Davis, Ihr Kommentar konnte nicht überzeugen

„Der Brexit ist nicht das Ende unserer Beziehung“, *Gastkommentar von David Davis, 27. 6.* Wer den Gastkommentar des britischen Brexit-Ministers liest, wähnt sich im falschen Film. Ist es Überheblichkeit oder Realitätsverweigerung?

Die Aufzählung der im Königreich lebenden Unionsbürger und der in der Union lebenden Briten, der gegenseitig geschaffenen Arbeitsplätze etc., das sind einfache Zahlen. Ansprüche aus einem Sozialsystem, in das jemand, dies-